

## Vortrag von Kurt Waldheim über die Außenpolitik Österreichs zwischen Ost und West (Wien, 11. Februar 1970)

**Legende:** Am 11. Februar 1970 betont der österreichische Außenminister Kurt Waldheim, wie wichtig für Österreich vertrauensvolle Beziehungen zu den Großmächten und eine Nachbarschaftspolitik in Europa sind.

**Quelle:** WALDHEIM, Kurt. Österreichische Außenpolitik zwischen Ost und West. Vortrag am 11. Februar 1970 vor der Vereinigung Österreichischer Industrieller in Wien. Wien: Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten. Abteilung Presse und Information, 1970.

**Urheberrecht:** Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/vortrag\\_von\\_kurt\\_waldheim\\_uber\\_die\\_außenpolitik\\_osterreichs\\_zwischen\\_ost\\_und\\_west\\_wien\\_11\\_februar\\_1970-de-61f38cd5-767c-454c-9755-ea4345efa6cd.html](http://www.cvce.eu/obj/vortrag_von_kurt_waldheim_uber_die_außenpolitik_osterreichs_zwischen_ost_und_west_wien_11_februar_1970-de-61f38cd5-767c-454c-9755-ea4345efa6cd.html)

**Publication date:** 04/09/2012

## Vortrag von Kurt Waldheim über die Außenpolitik Österreichs zwischen Ost und West (Wien, 11. Februar 1970)

Im Laufe des heurigen Jahres werden wir in Österreich einer Reihe von Jahrestagen gedenken, die für das Schicksal unseres Landes und für die Gestaltung seiner Außenpolitik von größter Bedeutung sind. Im April jährt sich zum 25. Mal der Tag des Wiedererstehens der Republik Österreichs, im Mai sind es 15 Jahre seit der Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages und im Oktober 15 Jahre, seit das österreichische Parlament das Verfassungsgesetz über die immerwährende Neutralität beschlossen hat.

Alle diese Gedenktage stehen in engster Beziehung zu dem Thema, das ich für meinen heutigen Vortrag gewählt habe und das zu jeder Zeit unserer Geschichte das zentrale Thema einer österreichischen Außenpolitik bildete.

Mit dem Fortschreiten der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung haben die Spannungsfelder der Weltpolitik im Laufe der Jahrhunderte ihren Schauplatz geändert. Die Weltpolitik, die noch im letzten Jahrhundert, zumindest vom Gesichtspunkt der abendländischen Kulturgemeinschaft aus, eine Domäne einer handvoll europäischer Großmächte war, wird nun von Kräften beherrscht, die die ganze Welt umspannen und das politische Gewicht, das dem Gebiet unserer heutigen Republik Österreich zukommt, hat seit dem Ende der Monarchie bedeutende Veränderungen erfahren. Gleichgeblieben ist eines: der wesentliche Faktor, der sich für jedes Land aus seiner geopolitischen Lage ergibt, deren Gegebenheiten die Wellen der Tagespolitik überdauern. Die zentrale Gegebenheit für Österreich war und ist noch heute, unbeschadet der gewaltigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen der Umwelt seine zentrale Lage im Herzen Europas, im Donaauraum, an der Grenzlinie romanischer, germanischer und slawischer Völkergemeinschaften, am Schnittpunkt der großen europäischen Verkehrswege, und vor allem in der Grenznähe der Spannungsfelder zwischen den großen Machtblöcken unserer Zeit. Es kommt daher unserem Raum schon aus geographischen Gründen im internationalen Kräftespiel eine Bedeutung zu, die über das Eigengewicht eines mittleren europäischen Kleinstaates weit hinausgeht. Er kann schon rein auf Grund dieser Gegebenheiten zu einem Unruheherd erster Ordnung werden. Er kann aber auch zu einem beruhigenden und stabilisierenden Element werden, das über die Ruhigstellung des eigenen Territoriums hinaus ein Element der Beruhigung und der Sicherheit für seinen Nachbarraum, ja für ganz Europa darstellt. Die Geschichte Österreichs in diesem Jahrhundert ist ein lebendiger Beweis für diese Alternative. Aus diesem Grund ist der österreichischen Staatsführung eine besondere Verantwortung auferlegt, die über das erste Ziel einer jeden Außenpolitik, nämlich der Erhaltung der Sicherheit des eigenen Territoriums, hinausgeht.

Ich habe am Beginn meiner Ausführungen die Gedenktage des heurigen Jahres erwähnt. Sie alle sind ja Konsequenzen unserer geopolitischen Lage. So wie im vorigen Jahrhundert die Existenz der österreichisch-ungarischen Monarchie bis zu ihrer Auflösung für die anderen Großmächte eine Garantie gegen die Konfrontation ihrer eigenen machtpolitischen Interessen im Vielvölkergebiet des Donaaraums darstellte, so sahen auch nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die Großmächte die Notwendigkeit, in diesem zentralen Gebiet, das keiner dem anderen überlassen konnte, das Gleichgewicht aufrechtzuerhalten; zunächst in der Form vierfacher Besetzung. Die Kunst unserer Diplomatie musste darin bestehen, diesen

Gleichgewichtszustand unter Ausnützung aller sich bietenden Möglichkeiten in die vertraglich gesicherte Existenz eines unabhängigen Österreichs umzuformen. Dies konnte nicht dadurch geschehen, dass eine Seite gegen die andere ausgespielt wurde, sondern nur dadurch, dass auf beiden Seiten das Vertrauen verstärkt wurde, dass das unabhängige Österreich seine Funktion zu erfüllen bereit ist und erfüllen kann. Unter diesem Gesichtspunkt stellt die freiwillig gewählte österreichische Neutralität nicht etwa einen Kaufpreis dar, sondern vielmehr das Instrument zur dauernden Sicherung unserer Unabhängigkeit. Freilich wird hierdurch eine österreichische Außenpolitik nicht etwa erleichtert, denn der Neutrale kann sich, um sein wesentliches Ziel, die Erhaltung der Unabhängigkeit und die Stärkung seiner Sicherheit zu erreichen, nicht an das Vorbild eines großen Bündnispartners anlehnen, sondern muss in mühsamer Kleinarbeit alle relevanten außenpolitischen Entscheidungen unter Bedachtnahme auf dieses Ziel selbst erarbeiten.

Ich wiederhole, was ich schon oft gesagt habe: die Neutralität ist kein Selbstzweck. Der Lauf der Geschichte

hat bewiesen, dass die Annahme des Neutralitätsstatus, selbst wenn er von den Großmächten der entsprechenden Periode garantiert war, für sich allein noch nicht ausgereicht hat, um den neutralen Staat gegen einen Eingriff von außen mit Sicherheit zu schützen. Die Einhaltung der Regeln des Völkerrechtes ist eine Idealforderung, die immer wieder in Konflikt mit Machtinteressen geraten kann.

Wesentlich für den Wert der Neutralität sind zwei weitere Elemente: Erstens die Bereitschaft des Neutralen, seine Unabhängigkeit mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu verteidigen und zweitens der Wert, der für die Großmächte in der Beibehaltung des Neutralitätsstatus eines bestimmten Landes liegt. Dieses Interesse der anderen Mächte dauernd aufrechtzuerhalten, ist der vernehmlichste Zweck einer über die formalrechtlichen Verpflichtungen der Neutralität hinausgehenden Neutralitätspolitik, ist die wichtigste Komponente der Sicherheitspolitik eines kleinen neutralen Staates. Aus diesem Grund ist es in unserem ureigensten Interesse gelegen, bei den Großmächten, insbesondere den Signatarmächten des Staatsvertrages dieses Interesse zu pflegen und ihr Vertrauen in die Neutralitätspolitik unseres Landes zu stärken. Eine solche Politik legt dem neutralen Staat ein gewisses Maß an Zurückhaltung, vor allem in den Fragen auf, die in das unmittelbare Spannungsfeld der Großmächte fallen. Sie verlangt aber andererseits von ihm eine Ausnützung aller Chancen, die diesem Zweck dienen und die Verlässlichkeit seiner Haltung unter Beweis stellen können. Dass ein solches Vorgehen speziell in Krisenzeiten hohe Ansprüche an das Verantwortungsbewusstsein einer Regierung stellt, hat sich immer wieder erwiesen. Erleichtert wird ihr die Arbeit dann, wenn sie hierbei vom vollen Verständnis des Staatsvolkes und der öffentlichen Meinung getragen wird.

Ich brauche wohl nicht zu betonen, dass ich mich mit dieser Darstellung keineswegs in ideologischen Kategorien bewege. Unsere Zugehörigkeit zur Lebensform der westlichen Demokratie und das Recht des einzelnen Staatsbürgers, sich zu der Lebensform zu bekennen, die ihm die richtige erscheint, ist völlig unbestritten und stand auch schon zum Zeitpunkt des Abschlusses des Staatsvertrages außer Streit. Es ist in all den verflossenen Jahren von östlicher Seite auch niemals die geringste Absicht erkennbar gewesen, auf uns in irgendeiner Form einen Druck zu Handlungen oder Unterlassungen auszuüben, die diese unsere Grundeinstellung in Frage gestellt hätte. Ich kann mir sogar sehr gut vorstellen, dass gerade für die Sowjetunion, die ja, wie ich glaube, im Jahre 1955 ein Interesse dafür haben musste, die Durchführbarkeit ihres Konzeptes der friedlichen Koexistenz am Beispiel des unabhängigen und neutralen Österreichs zu demonstrieren, die Tatsache unserer Zugehörigkeit zu Denkkategorien der westlichen Welt einen nicht unwesentlichen Faktor darstellt. Was von uns von beiden Seiten erwartet wird und erwartet werden kann, ist die Konstanz unserer Position, die Glaubwürdigkeit unserer Tagespolitik und die Unterlassung jedes Versuches, sich zum machtpolitischen Vorspann einer der beiden Seiten machen zu lassen.

Aus diesem Zusammenhang heraus sind auch die Bedenken zu erklären, die zu gewissen Zeiten gegen eine zu enge Bindung Österreichs an den Gemeinsamen Markt ausgesprochen wurden. Lassen Sie mich hiezu folgendes ausführen:

Die Voraussetzung für die Erhaltung der Unabhängigkeit eines Staates, die für den Neutrale von besonderer Bedeutung ist, besteht natürlich in vorderster Linie auch in der Erhaltung und im Ausbau seiner wirtschaftlichen Lebensfähigkeit. Nur der wirtschaftlich in sich gefestigte Staat kann sich auf die Dauer dem Sog einer stärkeren Wirtschaft und auch dem damit unvermeidlich verbundenen politischen Sog entziehen. Aus diesem Grund ist es Aufgabe der Neutralitätspolitik, mit allen Mitteln die wirtschaftliche Lebensfähigkeit des eigenen Landes zu sichern und zu verstärken. Dies erfordert einen Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen nach allen Richtungen und eine Vorsorge gegen eine Benachteiligung der österreichischen Wirtschaft durch die dynamischen wirtschaftlichen Vorgänge im übrigen Europa. Österreich ist es durch eine zielstrebige Politik gelungen, eine breitere Streuung seines Außenhandels zu erzielen, was z.B. zu einem Anstieg unserer Exporte in die EFTA-Staaten von ursprünglich 12% auf nunmehr 24% unseres Außenhandels geführt hat. Unsere Wirtschaft ist aber auf den Märkten vieler unserer Nachbarstaaten noch Diskriminierungen ausgesetzt, die sich aus dem Fortschreiten der Integrationsbestrebungen ergeben.

Aus diesen Gründen bemühen wir uns seit Jahren, eine befriedigende Regelung unserer Beziehungen zum Gemeinsamen Markt zu finden. Ende vorigen Jahres haben sich innerhalb der EWG Entwicklungen ergeben,

die eine Auflockerung der bis dahin starren Positionen erkennen ließen, was Österreich veranlasste, sein Ansuchen um ein Wirtschaftsarrangement neuerlich in Erinnerung zu rufen. Nachdem es auch gelungen war, gewisse Hindernisse zu beseitigen, die einer Verhandlungsaufnahme zwischen Österreich und der EWG im Wege standen - ich denke hier besonders an die Vorbehalte Italiens - konnten wir nach längerer Unterbrechung noch vor Jahresende unsere Kontakte mit der EWG wieder aufnehmen. Da die gegenwärtige Situation eine umfassende Regelung nicht zulässt, war es das Ziel dieser Kontakte auf Expertenebene, als Übergangslösung die österreichischen Wünsche bezüglich eines Präferenzabkommens und Sondervereinbarungen für die Landwirtschaft darzulegen. Man kann erwarten, dass der diesbezügliche Bericht der Kommission demnächst fertiggestellt und in nicht zu ferner Zukunft dem EWG-Ministerrat zur weiteren Beschlussfassung vorgelegt wird. Wir hoffen, dass eine solche Regelung möglichst bald verwirklicht und später durch ein globales Abkommen ergänzt werden kann. Konform mit unseren Verpflichtungen aus Staatsvertrag und Neutralität werden wir nur eine Regelung anstreben, die jene Bewegungsfreiheit gewährleistet, die wir infolge unseres internationalen Status beanspruchen müssen.

Parallel mit diesen Bemühungen gehen die Bestrebungen, auch unseren Handel mit den osteuropäischen Staaten und insbesondere der Sowjetunion auszubauen. In diesem Sinn haben die kürzlichen Gespräche mit einer sowjetischen Delegation unter der Führung von Außenhandelsminister Patolitschew in Wien neue Perspektiven eröffnet, die eine fruchtbare Weiterentwicklung unserer Wirtschaftsbeziehungen mit diesem für uns so wichtigen Raum erwarten lassen. Ich möchte in diesem Zusammenhang betonen, dass Wirtschaftspolitik und Außenpolitik heute eng miteinander verknüpft sind und es daher für Österreich von Bedeutung ist, eine gesunde Struktur seines Außenhandels zu bewahren, um nicht in ein einseitiges Abhängigkeitsverhältnis zu geraten und damit die Glaubwürdigkeit seiner Politik zu beeinträchtigen.

Die Pflege des Vertrauensverhältnisses zu den Großmächten ist eines der wichtigsten Elemente einer österreichischen Außenpolitik, aber nicht das einzige. Daneben verlangt unsere geopolitische Lage gebieterisch eine Nachbarschaftspolitik, die nicht nur den natürlichen Gegebenheiten unserer Wirtschaft adäquat ist, sondern durch ein gutes Verhältnis zu allen unseren Nachbarstaaten Reibungs- und Spannungselemente vermindert bzw. ausschließt, die angesichts der weltpolitischen Situation unter Umständen über das bilaterale Verhältnis hinaus in das Spannungsfeld der Großmächte hineinwirken können. Zu dieser negativen Begründung der Notwendigkeit einer Politik der guten Nachbarschaft gesellt sich aber noch eine sehr wesentlich positive, nämlich die Notwendigkeit, als ein Zentrum der Ruhe und der Stabilität zu wirken, das in dem Raum, in dem wir leben, auch, über unsere Grenzen hinaus zur Herstellung jener Atmosphäre beiträgt, die für eine Gesamtentspannung unerlässlich ist. Die österreichische Außenpolitik hat es sich daher zum vordringlichen Ziel gemacht, die Beziehungen zu allen unseren Nachbarländern im Geist der Freundschaft und Zusammenarbeit auszubauen.

Mit unseren westlichen Nachbarländern ist dies im wesentlichen schon zu einem früheren Zeitpunkt gelungen.

Das Verhältnis zum südlichen Nachbarn Italien stand seit langen Jahren im Schatten der Südtirol-Frage. Die Auseinandersetzung zwischen Wien und Rom über das Ausmaß der Rechte, welche das Gruber-de Gasperi-Abkommen aus dem Jahre 1946 den deutschsprachigen Südtirolern einräumt, brachte nach jahrelangen Verhandlungen gegen Ende 1969 eine einvernehmliche und von den politischen Vertretern der Südtiroler Volksgruppe mehrheitlich gutgeheißene Regelung. Diese Regelung sieht eine beträchtliche Erweiterung der autonomen Befugnisse Südtirols im Bereich der Wirtschaft, der Kultur, der sozialen Ordnung und des allgemeinen Minderheitenschutzes - Schule, Sprache - vor.

Ein in den Verhandlungen ausgearbeiteter Verhandlungsplan soll nach Verwirklichung der neuen Autonomie die Beendigung des bestehenden Streites bewirken, ohne dass dadurch die Rechtsauffassungen Österreichs und Italiens über die Erfüllung des Pariser Abkommens berührt werden.

Wichtige Stufen dieses Verfahrensplanes, der unter dein Namen „Operationskalender“ bekannt geworden ist, sind bereits vollzogen: das italienische Parlament und der österreichische Nationalrat haben das von den Experten ausgearbeitete Programm gebilligt. Inzwischen ist nach gründlicher Vorbereitung der Entwurf des neuen Autonomiestatutes von der italienischen Regierung beschlossen und im italienischen Parlament

eingebraucht worden.

Die politischen Vertreter der Südtiroler, die in sorgfältigen, verantwortungsbewussten und deshalb oft sehr kritischen Beratungen das Verhandlungsergebnis geprüft und später den Entwurf des Autonomiestatus beurteilten, haben jüngst in ihren zuständigen Gremien nahezu einmütig zum Ausdruck gebracht, dass sie sich mit vereinten Kräften für eine zeitgerechte und ordnungsgemäße Durchführung der zugesagten Maßnahmen für Südtirol einsetzen werden.

Ich habe niemals behauptet, dass die erzielte Regelung, die ja nur den Beginn einer neuen Phase in Südtirol markiert, die idealste sei. Sie ist jedoch die bestmögliche und ich bin überzeugt, dass ihre Verwirklichung eine neue und positive Entwicklung zum Schutz und zur Erhaltung der Südtiroler Volksgruppe und auch in unseren Beziehungen zu Italien einleiten wird.

Der Ansatz zu einer Normalisierung und einem Ausbau unserer Beziehungen zu unseren östlichen Nachbarn, wobei ich hier den Begriff der Nachbarschaft nicht nur in einer gemeinsamen Grenze, sondern in der Zugehörigkeit zu einem gemeinsamen Raum, dem Donaoraum, ansehe, war naturgemäß erst im Abschluss des Staatsvertrages gegeben, als Österreich den einzelnen Mitgliedern des osteuropäischen Systems als individuellen Partnern gegenüberstand.

Die dichten wirtschaftlichen, kulturellen und menschlichen Beziehungen, die mit den Ländern dieses Raumes seit Jahrhunderten bestanden, waren nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges völlig unterbunden. Hier musste schon im eigenen Interesse sobald als möglich versucht werden, mit Geduld und Verständnis wieder einen Zustand herzustellen, der den geographischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten entspricht. Die Aufgabe wurde uns dadurch erleichtert, dass das neutrale Österreich bei seinen Bemühungen um eine Normalisierung kaum in den Verdacht kommen konnten die Vorhut einer anderen Macht zu sein oder etwa im messianischen Sinn auf eine Unterhöhlung der etablierten Gesellschaftsordnung hinzuarbeiten. Voraussetzung für diesen Annäherungsprozess war vielmehr die strenge Respektierung der Tatsache, dass in unseren Nachbarländern ein wesentlich anderes Gesellschafts- und Wirtschaftssystem besteht, verbunden mit der Forderung, dass auch ihrerseits die bei uns bestehende Gesellschaftsordnung voll und ganz respektiert wird. Von dieser Basis ausgehend, führten unsere Bemühungen zunächst in der Richtung einer Beseitigung jener Schwierigkeiten bilateraler Natur, hauptsächlich, auf dem Vermögenssektor, die einer Normalisierung im einzelnen im Wege standen, wobei begreiflicherweise die ihrem Umfang nach am schwersten zu lösenden Probleme nicht zuerst gelöst werden konnten. Es ist als ein sehr wesentliches Ergebnis der österreichischen Außenpolitik der letzten 15 Jahre zu bezeichnen, dass es uns gelungen ist, diesen Normalisierungsprozess erfolgreich durchzuführen und zur Herstellung eines gutnachbarlichen Verhältnisses mit den Staaten des europäischen Ostens zu kommen.

Freilich gibt es hier graduelle Unterschiede, wobei ich es als bedauerlich empfinde, dass die Beziehungen zu unserem nördlichen Nachbarn durch die bekannten Umstände einen Rückschlag erfahren haben. Österreichischerseits wurde hierbei immer wieder der Wunsch betont, eine Bereinigung dieser Beziehungen herbeizuführen. Es bleibt zu hoffen, dass es im Rahmen reziproker Bemühungen möglich sein wird, ein den geschichtlichen und menschlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern entsprechendes Verhältnis herzustellen.

Es wäre jedoch unrealistisch zu glauben., dass unsere Sicherheit im internationalen Kräftespiel ausschließlich von der bilateralen Regelung unserer Beziehungen zu unserer Umwelt und zu den Großmächten abhängt. Österreich ist und bleibt ein Teil Europas und die Spannungen auf diesem Kontinent werden auch weiterhin unbeschadet seiner Neutralität, das Geschick und die Sicherheit unseres Landes in Mitleidenschaft ziehen. Auch das neutrale Österreich kann letzten Endes nur dann in Sicherheit leben und sich entwickeln, wenn es gelingt, die als Folge des zweiten Weltkrieges in Europa bestehenden Spannungen abzubauen und zu einer friedlichen Zusammenarbeit der Völker unseres Kontinents zu kommen. Aus diesem Grunde haben wir den Vorschlag der Abhaltung einer europäischen Sicherheitskonferenz positiv aufgenommen, wobei wir stets betont haben, dass uns für den Erfolg einer solchen Konferenz deren gründliche Vorbereitung notwendig erscheint. Im Augenblick bestehen noch Meinungsverschiedenheiten zwischen Ost und West darüber, ob die Zeit für ein erfolgversprechendes Zusammentreten einer solchen

Konferenz reif ist, wobei vor allem die Frage, welche Gegenstände bei einer gesamteuropäischen Konferenz behandelt werden sollen, im Vordergrund der Diskussion stehen. Ich bin überzeugt, dass jeder zwischenstaatliche Kontakt, der eine Entspannung zum Ziel hat, nützlich und wertvoll ist. Daher sehe ich auch in den kürzlich in die Wege geleiteten Gesprächen zwischen der Bundesrepublik Deutschland einerseits und der Sowjetunion und ihren Verbündeten andererseits ein positives Element auf dem Wege zu einer gesamteuropäischen Übereinkunft. Was mir aber vor allem wesentlich erscheint, ist, dass die Lockerung der festgefahrenen Fronten weitergeführt wird. Ich will keineswegs die Möglichkeiten überschätzen, die Österreich bei der Förderung dieses Gedankens zur Verfügung stehen, halte es aber in unserem eigenen Interesse für unsere Pflicht, im Rahmen unserer Möglichkeiten dazu beizutragen, dass die heute noch vielfach verschiedenen Auffassungen auf einen für beide Seiten annehmbaren Nenner gebracht werden.

Wir können heute noch nicht mit Gewißheit sagen, ob und wann es gelingen wird, zu einer einvernehmlichen Lösung des großen Problems der europäischen Sicherheit zu gelangen. Da aber jeder Schritt der Entspannung und der Zusammenarbeit die Voraussetzungen für eine solche Lösung verbessert, konzentrieren wir uns auch weiterhin auf eine aktive Mitarbeit bei jenen Ansatzpunkten, die schon heute für eine gesamteuropäische Zusammenarbeit über die ideologischen Grenzen hinweg bestehen. Ich denke hier an unsere Tätigkeit in der europäischen Wirtschaftskommission und in der Donaukommission. Aber auch an den Arbeiten des Europarates nehmen wir aktiven Anteil und hoffen, daß diesem unter sich anbahnenden günstigeren Vorzeichen die gesamteuropäische Rolle zukommen wird, die im Interesse unseres Kontinents liegt.

Ich habe versucht, Ihnen die wesentlichsten Aspekte unserer Außenpolitik zwischen Ost und West darzulegen. Es ist klar, daß hierbei Europa im Vordergrund steht. Es ist aber ebenso klar, daß die Spannungsverhältnisse in Europa und in der übrigen Welt aufeinander wechselseitig einwirken und hierbei dem Instrument der Vereinten Nationen eine entscheidende Rolle zufällt. In diesem Sinne ist die Stellung Österreichs im Rahmen der Vereinten Nationen ein Spiegelbild unserer Stellung in Europa. Die Festigung unserer Position im zentral-europäischen Raum, die wir durch die Aufrechterhaltung des Vertrauensverhältnisses zu den Großmächten erreicht haben, hat nicht nur zu einer Stärkung unserer Stellung in den Vereinten Nationen geführt, die heute über das Eigengewicht eines kleinen europäischen Staaten bei weitem hinausgeht, sondern auch zu einer zusätzlichen Verankerung unserer Unabhängigkeit. Das gleiche gilt für unsere Bestrebungen, unser Land immer mehr zum Sitz internationaler Organisationen und zum Treffpunkt internationaler Begegnungen zu machen. Auch hier halten sich die beiden Komponenten, nämlich die Verankerung als international wertvoller Faktor und die erhöhte Sicherheit des eigenen Landes die Waage. Der Beschluss der beiden Supermächte die zweite Runde der SALT-Gespräche in Wien abzuhalten, hat uns daher mit Genugtuung erfüllt und wir betrachten diese Entscheidung als erneuten Vertrauensbeweis in unsere Politik.

Der Umstand, dass die Unabhängigkeit Österreichs für die Erhaltung des Gleichgewichts in Europa von unmittelbarer Bedeutung ist, lastet unserer Außenpolitik ein erhebliches Maß von Verantwortung auf. Nichts wäre gefährlicher als durch eine einseitige Außenpolitik unsere Glaubwürdigkeit zu verlieren und damit Konsequenzen auszulösen, die sich nur nachteilig für die Sicherheit und Souveränität unseres Landes auswirken könnten. Unbeirrbar den Weg weiterzugehen, der es uns in all den Jahren seit der Erlangung unserer vollen Unabhängigkeit ermöglicht hat, die mit unserer internationalen Situation verbundenen Probleme zu meistern, ist und bleibt die vordringlichste Aufgabe jeder österreichischen Außenpolitik.

Meine Damen und Herren, ich habe versucht, Ihnen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Zeit einen Überblick über unsere außenpolitische Position am Ende der derzeitigen Legislaturperiode zu geben. Ich bin mir bewusst, dass ich hierbei manches Bekannte wiederholt habe, doch schien es mir wichtig, die Grundlagen unserer Außenpolitik nochmals mit aller Deutlichkeit herauszuarbeiten. Denn das Schicksal unseres Landes wird nicht allein von der Fortdauer stabiler innerpolitischer und wirtschaftlicher Verhältnisse in unserem Lande abhängen, sondern zu einem sehr wesentlichen Teil auch von einer richtigen, zielbewussten Außenpolitik.

Lassen Sie mich daher der Hoffnung und der Zuversicht Ausdruck geben, dass es uns auch in Zukunft

gelingen möge, unserem Land, das in seiner Geschichte so viel Leid und Elend durchzumachen hatte, Wohlstand und Sicherheit zu bewahren und damit nicht zuletzt auch einen wichtigen Beitrag zu einer friedlichen Entwicklung unseres vielgeprüften Kontinents zu leisten.